

- > BITKOM regt Integration der Innovationsförderung in das Wirtschaftsministerium an
- > Mobile Breitbandversorgung sollte in Deutschland schneller als geplant ausgebaut werden
- > Forderung des BITKOM: Keine strengen Auflagen an Provider bei Versteigerung der Digitalen Dividende

„Wir müssen Synergien schaffen und zusammenführen, was zusammen gehört“

> Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. mult. August-Wilhelm Scheer, Präsident des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V. (BITKOM)



> Prof. Dr. Dr. h.c. mult. August-Wilhelm Scheer

Geboren: 27 Juli 1941

1975 - 2005 Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik (IWi) im Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)
Seit März 2005 beratender Professor am DFKI

1984 Gründung des Software- und Beratungsunternehmens IDS Scheer AG

1997 Gründung der imc, information multimedia communication AG

Heute Aufsichtsratsvorsitzender beider Unternehmen
Seit 2007 Präsident des BITKOM

IT, Telekommunikation und neue digitale Technologien haben grundlegende Bedeutung für die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Verwaltung, die Qualität des Bildungswesens und die Attraktivität des Standorts. Die BITKOM-Branche beschäftigt derzeit in Deutschland 829.000 Menschen und liegt damit vor der Automobil oder der Elektroindustrie im Industrievergleich auf Rang 2. Diese Branche steht für Inlands- und Exportumsätze von 195 Milliarden Euro. Die Hebelwirkung von ITK-Investitionen auf die Wertschöpfung anderer Branchen liegt etwa beim Faktor fünf. Digitale IT- und Telekommunikationstechnologien sind von strategischer Bedeutung für die Bereichen Umwelt und Energie, Verkehr und Mobilität, Demographie, Gesundheit, Bildung und öffentliche Finanzen.

promedia: Herr Scheer, Sie haben nach der Bundestagswahl die Einrichtung eines Innovationsministeriums gefordert. Ist das nötig? Müsste nicht das Wirtschaftsministerium eigentlich dieses Innovationsministerium sein?

Scheer: Innovation umfasst die gesamte Kette von der Entwicklung einer neuen Idee, durch Forschung zum Beispiel, bis hin zur marktreifen Umsetzung. Selbst wenn man also der Schumpeterschen Definition folgt, dann ist Innovation definiert als die „ökonomisch erfolgreiche Umsetzung einer Idee“. Heute ist dieser Innovationsprozess auf mehrere Ministerien verteilt. Die Entwicklung der Ideen wird durch das Forschungsministerium unterstützt. Der Markterfolg dieser Ideen interessiert die Wenigsten. Umgekehrt fördert das Wirtschafts-

ministerium Unternehmen, hat aber kaum Einfluss auf die Forschung. Wenn man diese beiden Teile zusammenlegen würde, hätte man einen größeren Teil der Innovationskette in einer Hand. Und da wir generell in Deutschland ein Problem in der Umsetzung von neuen Ideen haben – wir geben Milliarden für die Forschung aus, ohne dass wir in den Hightech-Gebieten auf der Produktseite stark vertreten sind – würde man durch diesen Zusammenschluss eine stärkere Wirkung erzeugen.

promedia: Gibt es international Vergleichbares?

Scheer: Es existiert sogar in Deutschland schon Vergleichbares. Im Saarland haben wir die Forschungsabteilungen aus dem Kultusminis-

terium mit dem Wirtschaftsministerium zusammengeführt, also die Zuständigkeit für die Universität und die außeruniversitären Forschungsinstitute. Dadurch konnte sich dann das Bildungsministerium konzentrierter um die Schulpolitik kümmern. Ich fordere kein neues Ministerium. Vielmehr müssten wir Synergien zwischen den Ministerien schaffen und zusammenführen, was zusammen gehört.

promedia: Ein Innovationsministerium war nicht Ihre einzige Forderung...

Scheer: Nein, wir wissen zum Beispiel, dass es einen Investitionsstau auf dem Gebiet der Telekommunikation gibt. Die Unternehmen sind bereit, zweistellige Milliardenbeträge zu investieren. Dazu brauchen sie aber klare Businessmodelle. Dort haben wir noch Nachholbedarf. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung wird von uns positiv bewertet, u.a. weil dort klare qualitative und quantitative Ziele gesetzt und Termine benannt werden. Dadurch wird die Breitbandstrategie zum Vorbild für andere Projekte. Generell sind wir zwar mit Deutschland in den IT-Märkten als Nachfrager sehr stark, das heißt, wir wenden die Technologien an, aber wir sind auf der Anbieterseite nicht präsent genug. In Deutschland gibt es keine Googles oder Amazons.

promedia: Sie haben eine High-Tech-Politik gefordert. Mit welchem Ziel?

Scheer: Wir dürfen nicht mit unserer Wirtschaft in den alten Industrien stecken bleiben und uns auf das reduzieren, was wir schon immer gut konnten. Dadurch sind wir in den neuen Industrien nicht mehr vertreten. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um in Deutschland mehr global agierende Unternehmen im IT-Bereich zu etablieren. Aber wir müssen auch die Chancen, die die neuen Technologien bringen, in der Anwendung nutzen. Es sind gesell-

schaftliche Fragen, wie sich zum Beispiel das Internet auf die Bildung, die Betreuung von Älteren, aber auch die Infrastrukturen auswirkt. Wir müssen neuen Technologien entwickeln und einsetzen, um die großen Zukunftsherausforderungen anzugehen: Umweltfragen, demografischer Wandel, medizinische Versorgung, Mobilität, Bildung.

promedia: Was meinen Sie damit, wenn Sie den Aufbau intelligenter Infrastrukturen fordern?

Scheer: Wenn man zum Beispiel Straßen baut, muss man automatisch auch die Leerrohre für Verkabelungen wie Glasfaser vorsehen. Man muss Intelligenz in und an den Asphalt bringen, vernetzte Sensoren, die bei der Verkehrsbeobachtung und -steuerung helfen. Zu intelligenten Infrastrukturen gehören beispielsweise auch Smart Grids, also intelligente Elektrizitätsnetzwerke, die man mit neuen Möglichkeiten der dezentralen Energieerzeugung verbindet. Dazu gehört auch das Konzept von VW, einen Motor, den sie jetzt entwickeln, hinterher in der Garage zu benutzen, um Energie zu erzeugen. Es geht im Kern darum, die Netzinfrastrukturen für Telekommunikation, für Straßen, für Mautsysteme oder für Energie so zu steuern, dass sie möglichst effizient arbeiten und umweltfreundlich sind. Wir wissen, dass wir gerade durch die Optimierung des Energieverbrauchs aus der IT-Welt enorme Hebelwirkungen haben.

promedia: Bedeutet das, dass aus dem Ministerium für Verkehr und Bauwesen eine Art Infrastruktur-Ministerium werden muss?

Scheer: Wir brauchen eine Bündelung der Zuständigkeiten für Infrastrukturen. Energie, Verkehr, Breitband – all dies lässt sich nicht mehr isoliert betrachten. Technologisch sind wir in Deutschland gar nicht so schlecht aufgestellt, stehen uns teilweise aber selbst im Weg. Mit dem Mautsystem beispielsweise könnte man noch viel mehr an Mehrwertdiensten verbinden. Stattdessen streitet sich noch die Bundesregierung mit den Betreibern über Regressforderungen und behindert damit auch den Export dieser Technologie.

promedia: Die Bundesregierung erhofft sich durch die Versteigerung der Rundfunkfrequenzen Einnahmen von fünf Milliarden Euro. Wie soll es dann mit der Nutzung der Digitalen Dividende weitergehen?

Scheer: Ich hoffe, dass es jetzt möglichst schnell zu der Versteigerung der Frequenzen kommt. Der Vorschlag des Beirates der Bundesnetzagentur, die Versteigerung im 2. Quartal 2010 vorzunehmen, ist hart an der Grenze. Man sollte die Versteigerung so schnell wie möglich durchführen, weil man sonst die ehrgeizigen Pläne

nicht mehr einhalten kann. Dann müssen wir sehen, dass wir auch die ländlichen Gebiete mit schnellem Internet versorgen. Hier dürfen allerdings den Providern keine zu starken Auflagen gemacht werden, beispielsweise, dass alle Bieter verpflichtet sind, in die weißen Flecken parallel zu investieren. Gleichzeitig ist wichtig, dass man stärker als bisher die mobile Breitbandversorgung ausbaut, denn das mobile Internet wird künftig mindestens genauso wichtig sein wie heute das stationäre.

promedia: LTE wird die neue Schlüsseltechnologie für die mobile Übertragung. Wie kann die Politik die Einführung beschleunigen?

Scheer: Die Politik kann nur beschränkt eingreifen. Sie kann Rahmenbedingungen schaffen, im Übrigen müssen die Unternehmen agieren. Wir rufen nicht immer ständig nach dem Staat, sondern fordern, dass dort, wo er Rahmenbedingungen schafft, er sie möglichst zügig, eindeutig und langfristig stabil setzt. Dann können unsere Unternehmen auch mit Phantasie und unternehmerischem Einsatz agieren. Bei Infrastrukturmaßnahmen wie der Einführung von LTE spielen sehr hohe Investitionskosten eine Rolle, so dass der Staat mitgefordert ist. Aber nicht als Geldgeber, sondern als Moderator oder Partner, der die Richtlinien erlässt, um die Businessmodelle abzusichern. Hier müssen Wirtschaft und Politik Hand in Hand agieren.

promedia: Benötigen wir für das Internet eine Ordnung, in der der Daten- und Urheberrechtsschutzes einheitlich geklärt werden?

Scheer: Es sollte den Politikern zu denken geben, dass es der Piraten-Partei gelingt, aus dem Stand und ohne irgendwelche großen Werbeaufwendungen zwei Prozent zu erreichen. Wir halten auf die Generation Web2.0 ausgerichtete Regeln, vor allem beim Urheberrecht und der Internetsicherheit, für erforderlich. Das Internet ist noch ein sehr junges Medium, bei dem sich nicht alle Entwicklungen vorhersehen lassen. So hat zum Beispiel die e-Commerce-Richtlinie eine nur beschränkte Verantwortlichkeit der Provider mit sich gebracht. Doch gerade diese beschränkte Verantwortung hat dazu geführt, dass sich das Internet im breiten Umfang durchgesetzt hat. Zu starke rechtliche Einschränkungen würden die Investitionsbereitschaft dämpfen. Ich bin nicht dafür, dass man mit einem Gesetz alles regeln sollte. Vielmehr sollte man dort neue rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, wo sich die alten überholt haben. Das ist im Urheberrecht und im Datenschutz der Fall, weil die Gesetze 30 Jahre und älter sind. Der BITKOM fordert, dass man ein abgestuftes Datenschutzrecht schafft und dabei auch unterschiedliche Tatbestände unterschiedlich be-

wertet – die Schuhgröße ist nun einmal etwas anderes als der Kontostand.

promedia: Sie schlagen ein Programm vor, das sich „100 x 100“ nennt, um Mittelstandsunternehmen über die Umsatzschwelle von 100 Millionen Euro zu bringen. Warum müssen es gerade 100 Millionen Euro sein?

Scheer: 100 Millionen Euro wären bei den Hightech-Unternehmen Größenordnungen von 500 Mitarbeitern. Das sind Unternehmen, die eine Chance hätten sich zu internationalisieren, oder gerade auf dem Weg sind sich zu internationalisieren. Unter dieser Zahl werden Unternehmen eher aufgekauft. Wir benötigen aber mehr Unternehmen, die sich aus Deutschland heraus dauerhaft international etablieren. Es wurde bereits versucht Unternehmen zu identifizieren, die in wenigen Jahren auf 100 Millionen Euro Umsatz kommen könnten. Ein solches Unternehmen müsste heute schon über 20 Millionen Euro verfügen, damit eine solche Entwicklung möglich ist. Man findet jedoch kaum welche und das ist ein Alarmzeichen! Das heißt, selbst wenn man ein solches Programm starten würde, wäre es schwierig, es hinterher umzusetzen, weil uns die Ausgangsposition fehlt.

promedia: Wie sollte die Förderung geschehen – durch Subventionen, günstige Kredite oder staatliche Aufträge?

Scheer: Es ist zunächst wichtig, solche Unternehmen zu identifizieren und zugleich zu fragen, wie sie auf die kritische Umsatzgröße von 100 Millionen Euro gebracht werden können. Was zum Beispiel haben die vielen Milliarden Euro Förderung der Max-Planck-Gesellschaft bewirkt? Wie viele Unternehmen sind aus ihr mittlerweile entstanden? Wie viele Mitarbeiter und wie viel Umsatz haben diese Unternehmen? Haben sie schon Steuern bezahlt? Wenn ein Institut hier nichts vorweisen kann, muss man daraus Konsequenzen in der Lenkung der Fördermittel ziehen. Das ist zum ersten ein Bewusstseinseffekt, den wir damit erreichen möchten. Das Zweite sind konkrete Maßnahmen. Die Bundeskanzlerin sollte, wenn sie ihre Auslandsbesuche macht, nicht nur die Vorstandsvorsitzenden großer Unternehmen mitnehmen, sondern auch Unternehmensgründer von solchen identifizierten Unternehmen, die dadurch Kontakte bekommen und sich dadurch Auslandsmärkte zugänglich machen können. Außerdem könnte man ihnen besondere Möglichkeiten geben, sich auf Messen zu präsentieren. Von Subventionen halte ich nicht sehr viel. Es müssten vielmehr konkrete Anreize gegeben und den Unternehmern auch die Möglichkeiten verschafft werden, solche Anreize wahrzunehmen. (JI)